

Obwohl gegenwärtig Somalia als nächstes Zielgebiet der amerikanischen "Terrorbekämpfung" in das Zentrum der Aufmerksamkeit rückt, lohnt sich ein Blick auf das andere Ufer des Golf von Aden. Jemen spielt zunehmend eine wichtigere Rolle in den amerikanischen Planspielen für die Region. Kaum beachtet von der Öffentlichkeit, begann die jemenitische Regierung als erstes arabisches Land bereits im Dezember 2001 im Auftrag der USA "Anti-Terror-Einsätze" im Inneren durchzuführen. Als Gegenleistung stärkt die USA dem autoritären Regime durch Militär- und Wirtschaftshilfe den Rücken beim Kampf gegen die Oppositionsbewegung. Die Operation "Enduring Freedom" droht wenigstens in Jemen zur Operation "Enduring Repression" zu führen.

Jemen:

Eine Hand wäscht die andere

Ad-hoc Antiterroristen?

Zwei Monate nach den Anschlägen auf das World Trade Center begab sich der Präsident Jemens, Ali Abdullah Salih, nach Washington D.C. zu Gesprächen mit George Bush jr., Außenminister Powell und dem CIA-Direktor Tenet über das weitere Vorgehen auf der südlichen Arabischen Halbinsel.

(1) Salih kam zurück mit einer Liste von zwanzig hochrangigen al-Qaida Offiziellen zurück, die sich im Jemen aufhalten sollen. Insgesamt gehen die USA von 20 in Jemen aus - dem Geburtsland von Osama bin Ladens Vater. Außerdem gehen die USA von etwa 1.000 Menschen aus, die mit al-Qaida in Kontakt standen. Letztere Zahl ist eine Milchmädchenrechnung, da fast jeder jemenitische Veteran des Afghanistankrieges mit diesem Netzwerk unweigerlich in Berührung kam, während er für die "freie Welt" gegen die Sowjettruppen kämpfte. Außerdem wird Jemen von den USA auch als eine der Finanzoasen für al-Qaida eingeschätzt. Im Oktober wurde ein jemenitischer Honighändler beschuldigt, ein Teil des Vermögens von al-Qaida zu verwalten. Im November wurden dann auch die Bankkonten einiger Verdächtiger eingefroren.

(2) Präsident Salih nutzte diese Gelegenheit, seine Bündnistreue zu beweisen und die mit Hilfe der USA seit einem Jahr ausgebildete Anti-Terror-Einheit in die "Feuertaufe" zu schicken. Allerdings weigerte er sich bislang, einer Beteiligung von US-Marines und der Einrichtung einer gemeinsa-

(1) *Washington Post (WP)*, 28.11.01; *inzwischen ist inoffiziell von etwa 39 gesuchten Jemeniten die Rede*, *Associated Press (AP)*, 30.1.02

(2) *WP*, 28.11.01; *WP*, 2.1.02, *Yemen Times (YT)*, Nr.2, 7.1.02, www.yementimes.com

(3) AP, 25.12.01; AP, 19.12.01; YT, 7.1.02

men Task Force mit Beteiligung der CIA zuzustimmen - wie von der US-Regierung anfänglich noch gefordert. (3)

Die Einsätze der Armee begannen am 16. Dezember 2001 und konzentrierten sich auf die Ölprovinzen Shabwa und Mareb sowie die nördliche Grenzprovinz Al-Jawf. Bis Anfang Januar konnte allerdings keiner der Verdächtigen gestellt werden. Im Gegenteil, die Anti-Terror Einheit stieß auf bewaffneten Widerstand. Bei den ersten Gefechten mit bestens ausgerüsteten Milizen des Abida Stammes (AK-47 und Granatwerfer) um das Dorf al-Hosum in der Provinz Mareb (100km von der Hauptstadt Sana'a entfernt) sind mehr als 18 Soldaten umgekommen sowie sechs Dorfbewohner. Der dort vermutete Verdächtige Mohammed Hamdi al-Ahdal ist weiterhin flüchtig. Danach konzentrierten sich die militärischen Aktivitäten auf die Provinz Shabwa. Insgesamt sollen bislang mehr als 34 Menschen gestorben sein. Vor allem im Osten Jemens läuft die Jagd noch auf hohen Touren. Dort verhinderten die Milizen des Stammes Jalal ein Vordringen der Regierungstruppen. (4) Die Jagd nach verdächtigen Terroristen gestaltet sich schwer in einem Land, welches seit den 80er Jahren mit Waffen überschwemmt wurde und große Teile der Bevölkerung über Kampferfahrung - aus "Stammeskriegen" oder Afghanistan - verfügen und der Regierungsmacht ablehnend gegenüberstehen. Dies mußte auch Präsident Salih erkennen, und er vereinbarte im Januar eine vorläufige Waffenruhe mit den lokalen Machthabern, die zusicherten, selbst die al-Qaida Verdächtigen auf ihrem Gebiet zu suchen. Im Gegenzug sicherte Salih zu, daß die Verdächtigen nicht an die USA ausgeliefert werden. (5)

(4) AP, 25.12.01; WP, 2.1.02

(5) JDW 9.1.02, S.18

(6) Bei dem Anschlag starben 17 US-Soldaten und 34 wurden verletzt. Die USS Cole war ein mit AEGIS ausgerüsteter Zerstörer der Arleigh Burke Klasse (DDG-51). Bei der Beschaffung 1991 hat es 789 Mio., US\$ gekostet. Die Reparatur wurde mit 243 Mio. US\$ veranschlagt. R.Pearl / R.O'Rourke: *Terrorist Attack on USS Cole - Background and Issues for Congress, Congressional Research Service Report for Congress RS20721, 30.1.01, S.1f*

Startvorsprung dank USS Cole

In gewisser Weise hatte Jemen gegenüber den anderen arabischen Staaten durch die Erfahrungen nach dem Anschlag auf den Zerstörer USS-Cole am 12.10.00 im Hafen von Aden einen Vorsprung bei der Anpassung an die neuen amerikanischen Spielregeln und Einstreichen einiger Vorteile der "Kooperation". (6) Seitdem dominiert der Terrorismusaspekt den öffentlichen Diskurs in den USA, wenn es um die Beziehung zum Jemen geht. Aber auch schon vor dem Anschlag wurde der Botschafterposten in Jemen mit einer Mitarbeiterin der Terrorismusbekämpfungsabteilung des US-State Departments besetzt. Der US-Botschafter in Jemen, Edmund Hull: "Die USA und Jemen waren aktive Partner in einer Vielzahl von Angelegenheiten in den letzten Jahren. Wir werden mit Sicherheit weiter eng bei der Terrorismusbekämpfung

fung zusammenarbeiten. (...) genauso wie wir (...) die ökonomische Restrukturierung Jemens in der Weltbank und dem IWF unterstützen werden." (7)

Über das wirkliche Ausmaß terroristischer, d.h. potentiell gegen die USA ausgerichteter militanter Bedrohungen im Jemen blieben die entsprechenden Berichte der US-Regierung eher vage. Jemen galt dem US State Department eher als Finanzoase sowie als Rückzugs- und Ausbildungsgebiet für wenigstens sechs terroristische Organisationen, die zumeist unter dem Banner des Islam auftreten, u.a. die algerische GIA, die ägyptische al-Gama'at al Islamiyya und Islamischer Jihad sowie Hamas. (8) In diesen Listen tauchte der Name al-Qaida bis zum Cole-Anschlag aber nicht auf.

Als originär jemenitische terroristische Organisationen wurde lediglich der militante Flügel der islamischen Reformpartei Islah angeführt sowie die Aden-Abyan Islamic Army (AAIA). Die militante Islah-Fraktion wird von Abdul Majid Zandani angeführt, der gemeinsam mit Osama bin Laden in Afghanistan war. Er protestierte schon gegen die Nutzung des Hafens Aden durch die USA beim Somalia-Einsatz. Das Hotel, das US-Soldaten beherbergte, wurde dann auch Ziel eines Anschlages. Die AAIA wurde von Zein al-Abidine al-Midhar gegründet und trat seit 1993 vornehmlich durch Angriffe auf Sozialisten und Entführungen in Erscheinung. Al-Midhar wurde im Oktober 1999 wegen der Entführung von 16 Touristen hingerichtet, seitdem gilt Abu al-Mushin als Anführer. (9)

Vor dem Anschlag auf die USS Cole galt die AAIA den USA als nur marginal bedeutsam. Nach dem Anschlag mutierte die AAIA zum lokalen Ableger des al-Qaida Netzwerkes. Die jemenitische Regierung dagegen leugnete bis zu den al-Qaida Vorwürfen der USA die Existenz der AAIA. Danach jedoch wurden sie nicht müde zu betonen, daß es sich bei der AAIA um eine autonome Terrororganisation handelt. Auch jetzt, nach dem 11. September versucht die Regierung, das Problem "al-Qaida" so tief wie möglich zu hängen. Sie behauptet konsequent, daß sich bislang noch kein Verdacht auf ein aktives al-Qaida Netzwerk bestätigt habe. Vielmehr seien die Berührungspunkte zwischen Jemeniten und dem al-Qaida Netzwerk, bzw. dem Aufenthalt ausländischer al-Qaida Terroristen im Jemen, nicht auf terroristische Bestrebungen zurückzuführen, sondern auf gewachsene familiäre Verbindungen, Geld und die Stammestradiation, jedem Schutz zu gewähren, der darum bittet! (10)

(7) YT, 7.1.02. Um das US-Freundschaftszertifikat zu erhalten, hatte Jemen bereits vor dem 11. September neun der zwölf internationalen Abkommen unterzeichnet, die als relevant für die Bekämpfung des Terrorismus angesehen werden. Es fehlen noch die zu Plastiksprengstoff, Geldwäsche und radioaktivem Material.

(8) *Global Intelligence Update: Explosion in Yemen - the Suspect List*, www.stratfor.com 13.10.00; Kenneth Katzmann: *Terrorism - Near Eastern Groups and State Sponsors 2001*, Congressional Research Service Report to Congress, RL31119, S. 16f.

(9) Ely Karmon: *The Bombing of the USS Cole*. ICT, 24.10.00, www.ict.org.il; zur Geschichte der AAIA siehe auch Sheila Carapico: *Yemen and the Aden-Abyan Islamic Army*, in: MERIP Press Information Note Nr.35, 18.10.00; Sheila Carapico: *Contested Spaces - State and Civil Society*, in: M.C. Hudson: *Focus on Yemen*. CCAS Reports, Georgetown University, 1999, www.georgetown.edu/programs/ccas, S. 1ff

(10) WP, 2.1.02

Eine wunderbare Freundschaft mit Hintergedanken

Die Beziehungen zwischen den USA und Jemen geben ein im arabischen Raum vergleichsweise harmonisches Bild ab. Der Anschlag auf die USS Cole und die darauf folgenden Probleme bei der Tätersuche trübten das Verhältnis kaum. Die sich seit 1994 entwickelnde militärische Kooperation setzt sich ungetrübt fort und scheint nach dem 11. September noch an Dynamik zuzunehmen.

Die Wiederaufnahme der militärischen Beziehungen erfolgte 1994, als die USA begannen, die Minenräumarbeiten an der ehemaligen Grenze zwischen Nord- und Südjemen mit Materiallieferung und durch Ausbildung zu unterstützen. Ein weiterer qualitativer Sprung wurde 1998 erreicht, als im Februar eine gemeinsame Militärübung durchgeführt wurde und das erstmalig seit 1967 ein US-Kriegsschiff, die USS Mt. Vernon, zum Auftanken in einen jemenitischen Hafen einlief. Im Mai desselben Jahres begab sich der damalige Chef des US Central Commands, General Anthony Zinni, zu Vorgesprächen über eine militärische Kooperation nach Jemen. Schließlich wurde dann am 12.12.98 eine enge militärische Kooperation zwischen der USA und Jemen vereinbart. (11) Zwischen Januar 1999 und Januar 2001 wurde Aden von 27 US-Schiffen zum Auftanken angelaufen, zweimal im Rahmen von Besuchen und einmal zur Nachschubaufnahme. (12) Im Januar 2001 wurde ein Konzept diskutiert, in dem ein Nationales Programm zur Bekämpfung von Schmuggel, illegalem Fischfang in den Gewässern des Roten Meeres, des Golf von Adens sowie des Arabischen Meeres umgesetzt werden soll. Ein amerikanisch-europäisches Finanzierungsprogramm soll helfen, einige "Sicherheitslücken" zu schließen. (13) Für Ende Januar 2002 haben sich bereits zwei weitere hochrangige Amerikaner angekündigt. William Burns, Assistant Secretary of State, wird in Jemen erwartet, um die weitere Kooperation im "Kampf gegen den Terror" zu besprechen. Außerdem soll auch der Kommandeur für "Special Operations" des US Central Commands Jemen bald besuchen. (14)

Vordergründig läßt sich dieses wachsende Interesse an zunehmend intensiver militärischer Kooperation mit Jemen auf die geplante Ausweitung und Eskalation des amerikanischen "Antiterrorkampfes" zurückführen. Jemen wäre der naheliegendste "sichere Hafen" und Versorgungsbasis für die amerikanischen Kriegsschiffe, wenn der "Antiterrorkampf" nach Somalia gebracht werden soll. Vor allem die Benutzung der jemenitischen Inselgruppe Sokotra im Golf von

(11) N.N.: *Friends in Washington*, www.al-bab.com, 13.12.98

(12) R. Perl / R. o'Rourke, s.o., S.4

(13) N.N.: *A Yemeni - American security project*, www.ArabicNews.com, 8.1.01

(14) YT, 7.1.02

Aden würde es den USA erlauben, ihre militärische "Projektionsfähigkeit" weit über die Küste am Horn von Afrika und Ostafrika - Somaliland, Puntland und Rest-Somalia, ins Hinterland auszudehnen. Bislang können die USA lediglich auf den Stützpunkt Diego Garcia im Indischen Ozean südlich der Malediven und den Luftwaffenstützpunkt in Oman (Thumrat) zurückgreifen - wie auch schon bei der gescheiterten militärischen Intervention 1993. (15)

Aber jenseits dieser konkreten und kurzfristigen Erwägungen, scheinen andere Faktoren mehr Ausschlagskraft für die Gestaltung der amerikanisch-jemenitischen Beziehungen gegeben zu haben.

Erdöl und Erdgas

Ein Bestimmungsfaktor für die Beziehungen - wenn auch derzeit nicht der dominante - ist mit Sicherheit das Interesse der amerikanischen Rohstoffkonzerne an einer Präsenz im Jemen. In der Vergangenheit hatte die US-Regierung bereits wiederholt die in Jemen investierenden Ölkonzerne vor Anfeindungen aus Saudi-Arabien in Schutz genommen. (16) Im innerarabischen Vergleich besitzt Jemen nur verschwindend geringe Vorkommen - deren Ausbeutung aber nichtsdestotrotz lukrativ für die Ölkonzerne sein kann. (17) Außerdem verfügt Jemen über geschätzte 450 Mrd. m³ Erdgas, deren Ausbeutung gegenwärtig angegangen wird und sich vom Zeitpunkt her mit der zunehmenden globalen Reorientierung der Ölkonzerne auf das Geschäft mit dem Erdgas deckt. Die Enron Corporation, Yemen Hunt Oil und Total haben bereits im März 1995 einen Vertrag über die Nutzung der Reserven mit der Regierung unterzeichnet. Der Wert wird auf 4-6 Mrd. US\$ geschätzt. Hier werden die Weltmarktanteile neu gemischt und es ist wichtig, schon im Vorfeld die Claims abzustecken. (18)

Die Rolle des Erdöls könnte eine Neubewertung erfahren, wenn sich die Ergebnisse einer Studie der Hunt Oil Corporation Mitte der 80er Jahre bestätigen. Damals kam Hunt Oil zu dem Schluß, daß sich ein größeres "Öltal" von Jemen bis nach Somalia erstreckt, vor allem im "Offshore"-Bereich. Auch eine Weltbankstudie kam 1991 zu einem ähnlichen Ergebnis. Damit würden Konzerne, die bereits auf jemenitischen Boden eine Infrastruktur aufgebaut haben, einen Startvorteil besitzen, sollte jemals die politische Situation im Golf von Aden eine verhältnismäßig sichere Förderung erlauben. (19)

(15) *Wall Street Journal*, 4.1.02; zum Bürgerkrieg und dem damaligen UN-Einsatz in Somalia vgl. *ami* 1/93, S. 9; *ami* 9/93, S. 11ff, 14ff; *ami* 2/94, S.3

(16) Schofield, Richard: *Negotiating the Saudi-Yemeni international Boundary*, *British-Yemeni Society*, Juli 2000, www.al-bab.com/bys/journal
 (17) Jemen verfügt nur über etwa 0,6% der Ölreserven bzw. 2,8 Mrd. Barrel, und 1,8% der Ölproduktion des Nahen Ostens.
International Monetary Fund (IMF): Republic of Yemen - Selected Issues. IMF Country Report Nr.1/61, April 2001, S. 11

(18) Der Jemen soll über 0,33% des Weltvorkommens verfügen. Vgl. *Paul Pasch: Jemen - elf Jahre nach der Vereinigung*, *Friedrich-Ebert-Stiftung Library, Bonn 2001*, www.fes.de; *MENA-Report: Yemen - State of the Economy*, www.albawaba.com; *IMF, s.o., S.22*

(19) Interessanterweise haben ein Jahr vor der amerikanischen Somalia-Intervention die Öl-

konzerne Conoco, Amoco, Chevron und Phillips vom damaligen somalischen Diktator Siad Barre eine Konzession über 2/3 des Staatsgebietes erhalten. Conoco begann auch sofort mit Probebohrungen im Nordosten Somalias und konnte sich auch mit Barres Nachfolger Ali Mahdi einigen. Erst seit der Intervention ruhten alle Tätigkeiten, aber es ist davon auszugehen, daß die Ölkonzerne nach Wiederherstellung egal welcher politischer Ordnung auf die Einhaltung ihrer Verträge pochen werden. *Tageszeitung (taz)*, 19.1.93

(20) Ein internationales Schiedsgericht in Paris hatte am 9.19.1998 Jemen nach zwei Jahren Verhandlungen dieses 200 km² umfassende Inselarchipel zugesprochen. Vorher hatten sich wiederholt Eritrea und Jemen - auch mit Waffengewalt - um die Hoheitsrechte dieser für den Tourismus und die Fischereiindustrie wichtigen Inseln gestritten.

Le Monde Diplomatique (Beilage der taz), 14.6.96; *World Today*, Februar 1996, S. 46; *YT*, 7.1.02

(21) Auch wenn die Öltanker zunehmend um das Kap der guten Hoffnung fahren wurden 1994 immer noch 423 Mio. Tonnen auf diesem Wege transportiert. Dies brachte Ägypten am Suez-Kanal Einnahmen von etwa 2 Mrd. US\$. *World Today*, s.o.

(22) *Le Monde Diplomatique*,

Kontrolle der Schifffahrtswege

Die Meereseenge Bab-el-Mandeb zwischen dem südlichen Roten Meer und dem Golf von Aden gehört zu Jemen, sowie weite Teile des Golf von Adens (wegen der Insel Sokotra) und des Roten Meeres (vor allem durch das Hanish-Archipel). (20) Damit kontrolliert Jemen das Südtor zum Suezkanal, der eine wichtige ägyptische Einnahmequelle darstellt. (21) Gleichsam laufen auch einige Nachschubwege der PLO vom Iran über diesen Seeweg, so daß auch in diesem Sinne sich für die USA eine "indirekte" Kontrolle lohnen würde. "Im Namen der Araber" sicherte sich die damals südjemenitische Regierung 1972 die Wächterrolle am Bab el-Mandeb und kontrollierte den israelischen Handelsverkehr. Den damaligen Allianzen entsprechend, wandte sich Ägypten während des ägyptisch-israelischen Krieges 1973 an Südjemen, um die zeitweilige Errichtung einer Garnison auf den Hanisch-Inseln genehmigt zu bekommen. (22) Und schließlich würde eine stärkere Präsenz der US-Navy erlauben, den illegalen Waffenschmuggel für Eritrea und Somalia zu fördern oder zu unterbinden bzw. nach Bedarf gegen die Zunahme der Piraterie in diesem Dreieck einzuschreiten. (23)

Militärstrategische Bedeutung

Bislang aber dominiert bei den amerikanischen Erwägungen die militärstrategische Bedeutung Jemens und seiner Hoheitsgewässer - nicht nur wegen Somalia. Dass überhaupt die USS Cole Ziel eines Anschlages im Hafen von Aden sein konnte, lag - zumindest nach offizieller Lesart der US-Regierung - daran, daß es der US-Marine aufgrund ihrer Sicherheitsbestimmungen nicht erlaubt war, während des Krieges zwischen Eritrea und Äthiopien 1998 den Hafen in Djibouti zum Auftanken anzulaufen. Allerdings betonte auch schon damals General Tommy Franks, daß es auch unabhängig davon wichtig war, in dieser "Area of Responsibility" weitere mögliche Auftank- und Nachschubposten zu erschließen. (24)

Aber noch maßgebender für das US-Interesse an Jemen sind die Planungen für die Zeit nach dem Ende der militärischen Präsenz in Saudi-Arabien, auf die sich die USA längerfristig einstellen muß. Gerade jetzt hat das saudische Herrscherhaus, allen voran Kronprinz Abdullah, dieses Thema wieder in die Schlagzeilen gebracht. (25) Damit würden den USA der wichtigste Brückenkopf im Nahen Osten neben der Türkei weg brechen. Zwar ist eine Stationierung von US-Truppen auf jemenitischen Festland noch undenkbar, aber

nach ein paar Jahren massiver Wirtschafts- und Militärhilfe könnte auf der Insel Sakotra oder dem Hanish-Archipel ein Plätzchen frei werden. Nach Berichten der saudischen Zeitung al-Watan besuchte im Januar 2001 bereits eine US-Delegation Jemen, um mögliche Orte der Stationierung zu sondieren. Auch ein weiterer Besuch des US-Kommandeurs des Central Command im August 2001 wird nicht nur dem Stand der Ermittlungen wegen des USS Cole Anschlages gedient haben. (26) Der Vorsitzende des Armed Services Committee, Senator Carl Levin, meinte angesichts der Entwicklungen in Saudi-Arabien: "Wir brauchen einen Stützpunkt in der Region. Aber es scheint mir, daß wir einen Platz finden sollten, der uns freundlicher gesonnen ist." (27)

Die USA haben also gegenwärtig kein Interesse daran, das fragile Regime von Präsident Salih unter Druck zu setzen und zu destabilisieren. Schon jetzt hat das Regime durch die weitgehende Kooperation mit den USA weite Teile der Öffentlichkeit gegen sich aufgebracht. Diese sehen den jemenitisch-amerikanischen "Dialog" eher skeptisch und eine Präsenz amerikanischer Truppen im "heiligen Land" würde die Proteste noch intensivieren.

Auf die Vermutungen, daß ein US-Militärstützpunkt auf der Insel Sokotra oder bei Mukha eingerichtet werden soll, reagierte der Anführer der Oppositionspartei Islah und Sprecher des Parlaments, Scheich Abdallah Ahmar, mit einer Drohung: wenn Salih sich den USA in diesem Punkt beugt, würden die Jemeniten zurückschlagen. (28)

Bis zum 11. September haben die USA es daher auch hingenommen, daß sich die jemenitische Regierung weigerte, die seit Dezember 2000 inhaftierten Cole-Verdächtigen durch das FBI verhören zu lassen. So konnte Salih noch am 5.9.01 betonen, daß Jemen kein Verhör von hochrangigen Offiziellen erlauben würde und den USA auch keinen Stützpunkt zur Verfügung stellen würde: "Wir untersagten ihnen den Zugang zu Jemen mit Streitkräften, Flugzeugen und Schiffen. Wir stellten sie unter direkte Beobachtung durch unsere Sicherheitskräfte. Sie respektierten unsere Position und willigten unserem Vorgehen ein." (29)

Zuckerbrot und Peitsche für die Opposition

Für die USA scheint "Terrorismusbekämpfung" nur der Aufhänger für ein weitergehendes Zweckbündnis zu sein. Gleiches gilt auch für die jemenitische Regierung. Die Kooperation mit den USA verschafft dem autoritären Regime den dringend benötigten Persilschein für intensivere Aktivitäten auf

s.o.; *World Today*, s.o.

(23) Scott Peterson: *Is Yemen a conduit for global terrorism?*, in: *Christian Science Monitor*, 31.3.00, www.csmonitor.com

(24) Da die US-Navy dazu übergegangen ist, Einsatzgruppen in kleinere Formationen aufzuteilen, lohnt es sich nicht mehr, Tanker als Begleitung einer Kleingruppe mitzuschicken, so daß diese Kriegsschiffe unweigerlich in einen Hafen einlaufen müssen. Aden war seit 1998 der 13. Hafen in der US-CENTCOM AOR. Die USS Cole befand sich auf dem Weg vom Mittelmeer in den Persischen Golf. Vgl. R. Perl / R. O'Rourke, s.o., S.3-5

(25) *International Herald Tribune (IHT)*, 19.1.02

(26) *YT*, 7.1.02; *N.N.*: *A Yemeni-American security project*, www.ArabicNews.com, 8.1.01; als weitere Option - aufgrund seiner Abgeschlossenheit - wurde der kleine Hafen Mukha am Roten Meer genannt, siehe *N.N.*: *Friends in Washington*, www.al-bab.com, 13.12.98

(27) *IHT*, 19.1.02

(28) *WP*, 2.1.02

(29) *WP*, 28.11.01; zu den Problemen des FBI in Jemen siehe auch *WP*, 7.7.01, *WP* 19.6.01; *N.N.*: *Yemeni investigations on the US warship explosion*, www.ArabicNews.com 14.12.00

(30) *Human Rights Watch: World Report 2001 - Yemen, www.hrw.org*

(31) *WP, 2.1.02*

(32) *WP, 2.1.02*

(33) *WP, 29.9.01; WP, 2.1.02*

(34) Insgesamt sollen sich mehr 55.000 Flüchtlinge in Jemen aufhalten. Bereits Anfang 2001 versuchte Jemen etwa 2.250 Flüchtlinge zurück in den Bürgerkrieg zu schicken (mit einer dem deutschen Vorgehen vergleichbaren Praxis der Unterzeichnung "freiwilliger Rückkehrvereinbarungen" und einem kleinen Taschengeld). *Agence France Press, 21.4.01; WP, 28.11.01*

(35) *AP, 3.1.02; WP, 2.1.02*

(36) *WP, 29.9.01*

dem globalen Kreditmarkt und erleichtert die Legitimation für die anhaltende Unterdrückung der nun "islamisch-terroristischen" politischen Opposition.

Wie schon nach dem Anschlag auf die USS Cole, als Salih kurzerhand 1.500 Menschen als verdächtig erklärte und festnahm, darunter viele Oppositionelle, die ihm schon lange ein Dorn im Auge waren, gleichen die jetzigen Einsätze eher Strafaktionen gegen die unbequemen lokalen Herrscher, vor allem in den Erdölprovinzen. (30)

Kurzerhand wurden im Dezember 2001 zwanzig Scheiche aus der Provinz Marib festgesetzt - als Pfand für die weiteren Verhandlungen über den Zugang der Armee zu den Stammesgebieten. Innenminister General Rashid Alimi verkündete, daß die Regierung "den Weg der Implementierung von Recht und Ordnung gewählt hat. Recht und Ordnung in einem bewaffneten Land durchzusetzen, bringt Opfer mit sich." (31) Als einer der in der Shabwah-Provinz vermuteten gesuchten al-Qaida Verdächtigen, Khayat Sanayan, nicht gefunden werden konnte, zerstörte die Armee das Haus des Schwiegervaters als Warnung und nahm zehn Scheiche der Region in Gewahrsam. (32)

Ein weiteres Beispiel für die Instrumentalisierung des 11. Septembers durch Salih sowie die Reichweite seiner Vollmachten sind die per SMS in anderen arabischen Staaten verschickten Bilder Osama bin Ladens. Dies nahm die Regierung als Legitimation dafür, "präventiv" dieses wichtige Kommunikationsmittel in ganz Jemen abzuschalten. (33)

Auch an einer zweiten Front greift Salih nun härter durch - bei den Flüchtlingen (vor allem aus Somalia) und den arabischen Studenten an den islamischen Religionsschulen.

(34) Gerade letztere sind ihm ein Dorn in den Augen, da sie häufig für mehr soziale Rechte demonstrieren und mit der Islah-Partei sympathisieren. Bis Januar 2002 wurden ausländische 80 Studenten und Lehrer des Religionsinstituts Dar al-Hadith in der Abida-Stammesregion der Mareb-Provinz verhaftet und mehr als 250 Studenten des Landes verwiesen.

(35) An eine Einreise war sowieso nicht mehr zu denken. Innenminister Rashid Alimi: "Es gab ein paar Leute die um ein Visa in unserer Botschaft in Pakistan baten. Wir haben sie die Formulare ausfüllen lassen, haben die Informationen den USA mitgeteilt - wir glaubten, daß dies hilfreich für sie wäre - und dann haben wir die Anträge abgelehnt." (36)

Die schnelle Reaktion Salihs auf den 11. September brachte ihm bei seinem Besuch ein Hilfspakt im Wert von 400 Mio. \$ ein. Dazu gehören neben militärischer Ausbildung auch

das wichtige amerikanische O.K. zu weiteren Krediten der Weltbank und dem IWF sowie weitere Militärhilfe durch die US-Alliierten. (37) Jemen wurde seit längerem vom State Departement als Empfänger für größere Mengen der Militärhilfe aufgebaut. Nach dem USS Cole-Anschlag wurde sogar die Ausbildung/Sensibilisierung der jemenitischen Geheimdienste für die Terrorismusbekämpfung für 4 Mio. \$ in Erwägung gezogen, scheiterte aber an der mangelhaften Kooperation Jemens mit dem FBI. (38) Schon 1999 wurde Jemen Kandidat für den Erhalt von überschüssigem Militärgerät auf Schenkungsebene. Im Haushaltsjahr 2002 wird dies wieder der Fall sein und wahrscheinlich die Küstenschutzfähigkeiten durch US-Waffensysteme verbessert. (39)

(37) WP, 28.11.01

(38) R.Pearl / R.O'Rourke, s.o., S.6

(39) US-Militärhilfe ohne Lieferung älterer Waffensysteme aus US-Beständen: 1999 72.000 US\$, 2000 1,37 Mio. US\$, 2001 5,26 Mio. US\$, 2002 (geplant) 6 Mio US\$. Vgl. dazu die Veröffentlichungen des State Department: *Foreign Military Training and DoD Engagement of Activities of Interest, Vol. 1, Kapitel 3: DOS Foreign Policy Objectives (Near East Region)*, in: *Joint Report to Congress*, 1.3.00

www.state.gov; Department of State: *FY 2002 International Affairs (Function 150) Budget Request*, 9.4.01, www.state.gov

(40) Mohammed Al-Maitami: *The Challenge of Structural Adjustment*, in: M.C. Hudson, s.o., S.7ff. Das Economic Recovery Programme von 1995 öffnete Jemen die Tür zu den Krediten und Sonderziehungesrechten der Weltbank und des IWF. Zwischen 1996 und 2001 wurden Jemen Kredite und Sonderziehungsrechte im Wert von 660 Mio. USD gewährt, und für das nächste fiskalische Jahr sind etwa 200 Mio. USD vorgesehen. Vgl. dazu Weltbank, s.o.

(41) M. Al-Maitami, s.o., S.7f.

Problem Nr.1: Armut und Abhängigkeit

Das Regime benötigt dringend einen kapitalkräftigen Fürsprecher wie die USA um die negativen wirtschaftlichen Entwicklungen aufzuhalten. Obwohl Jemen die fruchtbarste Region der arabischen Halbinsel ist, gehört das Land mit einem BSP/Kopf von etwa 380 \$/Jahr zu den ärmsten der Welt. Die Arbeitslosenquote erreicht etwa 38% und außerhalb des Erdölsektors (inklusive Verarbeitung) existiert keine industrielle Struktur. Mit dem Economic Recovery Plan 1995 akzeptierte Salih die Austeritätsvorschriften des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank und reduzierte die Staatsausgaben und Subventionen. Dies führte zu einer drastischen Verschlechterung der Lebensbedingungen der Bevölkerung durch Anhebung der Konsumpreise für Grundnahrungsmittel, Kraftstoff und Wasser um bis zu 40%. (40) 1998 kam es zu gewalttätigen Protesten in der Bevölkerung bei denen 52 Menschen getötet und mehr als hundert verletzt wurden. (41)

Innerhalb von 15 Jahren ist die Regierung nahezu komplett von der Ölförderung und dem Ölpreis abhängig geworden. Das Erdöl stellte schon 1987-90 einen wesentlichen Faktor für die Vereinigung der Arabischen Republik Jemen (Nord) mit der Volksrepublik Jemen (Süd) dar. Angesichts des wirtschaftlichen Niedergangs beider Staaten lag eine engere Koordination und Vermarktung der Erträge der voranschreitenden Exploration zweier Ölvorkommen an der gemeinsamen Grenze (in den Provinzen Marib und Shabwa) in beiderseitigem Interesse. Über diese Verhandlungen kamen dann die politischen Gespräche ins Rollen. (42)

Die Einnahmen aus dem Erdölsektor stellten im Jahr 2000 etwa 70% des Haushalts und 90% der Exporteinnahmen:

(42) Zuerst wurde 1988 eine Entmilitarisierung der Grenzregion vereinbart, dann die Reisefreiheit verbessert sowie ältere gemeinsame Institutionen wie der Oberste Jemenitische Rat wieder aktiviert.

IMF, s.o., S. 9; Thomas Koszowski: Gesellschaftspolitische Veränderungen im Jemen nach dem Bürgerkrieg, in: Nord-Süd aktuell, 1/98, 144ff.

(43) Nach Berechnungen des IMF bedeutet ein Ölpreisveränderung um 1 USD ein +/- um 0,68% des BIP und +/- 1,67% der Exporterlöse zum BIP - größer als in anderen Vergleichsstaaten, IMF, s.o., 18; ohne die Erträge der Ölproduktion dümpelt das Wirtschaftswachstum dagegen bei 2-3% dahin und ist geringer als das Bevölkerungswachstum (3,8%), P.Rasch, s.o.

(44) Weitere Felder liegen bei Jannah, Ayad und Shabwah. Zu den genauen Details der Ölfelder siehe IMF, s.o., S. 15, 153

(45) Weltbank, s.o., im Februar 2000 führten mehr als 26 Ölfirmen Explorationen im Jemen in insgesamt mehr als 30 "Blöcken" durch.

IMF, s.o., S. 15

(46) Jemen war sogar gezwungen, einige Verträge zu Gunsten der Konzerne neu zu verhandeln. Einige Beispiele finden sich bei IMF, s.o., S. 15

(47) *IMF, s.o., S.12*

(48) Der Streit eskalierte 1995 als Saudi-Arabien mit 20.000 Soldaten ins nördliche Jemen eingedrungen war. Im wesent-

steigen die Ölpreise, steigt das GDP; fallen sie, sieht es schlecht für die Volkswirtschaft aus. (43) Gegenwärtig konzentriert sich die Ölförderung im wesentlichen auf das Marib-Ölfeld der amerikanischen Hunt Oil Corporation und das Masila-Feld der kanadischen Occidental Corporation. Die Ölinfrastruktur besteht im wesentlichen aus zwei Pipelines, die die Ölfelder mit den Hafenstädten verbinden und zwei Ölraffinerien, die vornehmlich der nationalen Bedarfsdeckung dienen. (44) Die nächste Krise zeichnet sich schon am Horizont ab. Wenn keine neuen Ölfelder erschlossen werden, wird die Ölförderung bis 2006 graduell abnehmen, und bis 2008 sogar auf ein Drittel der Produktion von 2000 fallen. Dies würde allein einen jährlichen Verlust von 1,5 Mrd. \$ in Exporteinnahmen bedeuten (etwa 50%!). (45)

Angesichts des im globalen Maßstab geringen Fördervolumens von etwa 390.000 Barrel/Tag (im Vergleich- Saudi-Arabien: 8 Mio. Barrel/Tag), sowie des fehlenden technischen Know-hows wird die wirtschaftliche Zukunft im wesentlichen von den großen OPEC-Staaten und den transnationalen Rohstoffkonzernen bestimmt. (46) Vor allem die saudische Regierung besitzt einen großen Einfluß auf Jemens Ökonomie, einmal direkt durch Kredite und indirekt durch die Beeinflussung des OPEC-Ölpreises, aber auch durch die Auslandsüberweisungen der jemenitischen Gastarbeiter, die etwa 1,2 Mrd. \$ pro Jahr betragen. (47) Da Saudi-Arabien in der Vergangenheit konsequent die britische Kolonialpolitik des Teile-und-Herrsche fortgeführt hatte und je nach Bedarf einzelne Fraktionen in den beiden Jemen unterstützte, war das Verhältnis zwischen Saudi-Arabien und Jemen immer angespannt. Der wichtigste Streitpunkt, die Festlegung der gemeinsamen Grenze sowie Regelungen über die "grenznahen" Ölvorkommen, konnte im Vertrag von Jeddah im Jahr 2000 beigelegt werden. (48) Nun erhofft sich Jemen eine baldige Aufnahme in den 1981 gegründeten Gulf Cooperation Council, der weitere Gelder - auch für den Militärapparat - zur Verfügung stellen könnte. Bislang haben Saudi-Arabien und Kuwait eine Aufnahme Jemens verhindert, da Salih Anfang der 90er Jahre sich pro-irakisch verhielt. (49)

Problem 2: die politische Opposition

Aber wichtiger noch ist für Präsident Salih die Legitimation, die ihm der "Krieg gegen den Terrorismus" bei der Bekämpfung der politischen (militanten) Opposition bietet. Die gegenwärtigen innergesellschaftlichen Konflikte lassen sich nicht nur auf die Umstände der Staatsgründung oder auf die

ökonomische Entwicklung zurückführen: sie sind vor allem ein Produkt der autoritären und repressiven Politik Salihs, die ausschließlich auf Machterhalt ausgerichtet ist. (50)

Die Ausgangslage bei der Vereinigung der Arabischen Republik Jemen mit der Volksrepublik Jemen barg genügend Konfliktpotential:

- in beiden Staaten herrschten autoritäre Regime, deren Kontrolle jeweils nicht ins Hinterland der Städte reichte; (51)

- 4/5 der jemenitischen Bevölkerung lebte in der AR Jemen, aber fast 50% der Wirtschaftsleistung wurde von der VR Jemen erbracht, wobei die Gewinne zum Großteil in die ehemaligen AR Jemen flossen. (52)

Dieses Zweckbündnis mündete 1994 in einen zweimonatigen Bürgerkrieg zwischen Nord- und Südjemen (5. Mai - 7. Juli), den das Militär Nordjemens "gewann".

Spätestens nach der Niederlage des ehemaligen Südjemens konnte Präsident Salih das politische System nach seinem Willen gestalten. Dank der Bevölkerungsmehrheit des Nordens ging er aus dem ersten Referendum 1990 als Sieger hervor. (53) Seine Partei, der Allgemeine Volkskongress (AVK) konnte sich sowohl damals wie auch bei den folgenden Wahlen als stärkste Partei behaupten und verfügt gegenwärtig über die absolute Mehrheit im Parlament. Die gedeuteten Übergriffe in den Wahlkämpfen und an den Wahltagen erschweren jede Oppositionspolitik. (54) Diese Mehrheit erlaubte ihm auch Ende 2000 die Legislaturperiode für das Parlament und den Präsidenten um zwei Jahre zu verlängern. (55)

Der Jemenitischen Sozialistischen Partei (JSP) des ehemaligen Südjemens gelang es nicht, ihre Machtbasis hinüberzueretten und spätestens seit dem Bürgerkrieg und dem Boykott der Parlamentswahlen befindet sich diese Partei in einer Legitimationskrise. (56)

Die Voraussetzungen für die JSP waren schwer, da ihr laizistisches Staats- und Politikverständnis bei der religiös-konservativen Bevölkerungsmehrheit des Nordjemens Mißtrauen und Ablehnung hervorrief. Salih nutzte dieses aus und begann die politische, städtische Opposition im Süden nach 1994 zu verfolgen. Vor allem die Provinzen um Aden und Abyan wurden von paramilitärischen Sicherheitskräften kontrolliert. Außerdem erlaubte er islamischen bewaffneten Gruppen in den Südpfeilen Ausbildungslager einzurichten und in Eigenverantwortung gegen "Minderheiten" vorzugehen. (57) Die Einschüchterungspolitik wird

lichen konnte sich Saudi-Arabien jetzt mit dem bereits von ihnen 1934 diktierten Kompromiß der "Taif-Linie" durchsetzen. Vgl. R. Schofield, s.o.; taz, 22.7.98; N.N.: Saudi, Yemeni forces withdraw from border, ArabicNews.com, 24.2.01

(49) Damals reagierten Saudi-Arabien und Kuwait mit der Ausweisung von etwa 850.000 jemenitischen Gastarbeitern und der Sperrung aller Kredite. Die Angaben über den volkswirtschaftlichen Schaden pendeln zwischen 1 und 1,5 Mrd. \$. analyse&kritik (ak), Nr.367, 8.6.94, S.13; Überblick, Nr.4, 2000, S.66

(50) Vgl. dazu die Gedanken von Abdu Sharif: Commentary, in: M.C. Hudson: s.o., S. 4

(51) Zur Geschichte beider Jemen und ihrer (Bürger-)Kriege siehe vor allem Frank R. Pfetsch: Konflikte seit 1945 - Die Arabisch-islamische Welt. Verlag Ploetz, Freiburg, 1991, S.101-104, 109-11; ansonsten auch ak, Nr. 368, 6.7.94, S. 11; Sheila Carapico, s.o., 2000; Der Überblick 4/00, S.67

(52) ak, 8.6.94

(53) Der ehemalige Kommandeur der Streitkräfte war vorher zwischen 1978-89 Präsident der AR Jemen.

(54) Vor den Kommunalwahlen im März 2001 häuften sich die Attentate auf unabhängige Kandidaten und zwei wurden nach ihrer Wahl umgebracht. Mehr als 45 Menschen starben am Wahltag. In 200 Wahllokalen konnte gar nicht gewählt

werden. Brian Whitaker: Yemen overview 2001. The British-Yemeni Society, Juli 2001, www.al-bab.com/bys/journal; YT, 7.1.02

(55) Parlamentswahlen finden erst 2003, Präsidentschaftswahlen 2006 statt

(56) auch durch den innerparteilichen Streit mit den Exilanten die 1986 und 1994 das Land verlassen mußten. Es konnte keine einheitliche politische Linie entwickelt werden. Bei den Kommunalwahlen 2001 gewann sie nur 16 Bezirke.

P.Rasch, s.o.; Zu den Problemen der JSP siehe auch T. Koszinowski, s.o., 146f.

(57) *Abdu Sharif, s.o.; Zwischen 1990-93 wurden etwa 150 JSP-Mitglieder umgebracht. T.Koszinowski, s.o., S. 147*

(58) *Zu politischer Gewalt und Menschenrechtsverletzungen im Jemen siehe Bureau of Democracy, Human Rights and Labor: Country Reports on Human Rights Practices 2000 - Yemen, U.S. Department of State, 23.2.01, www.state.gov; Amnesty International: Annual Report 2001-Yemen, www.amnesty.org; Human Rights Watch: World Report 2001 - Yemen, www.hrw.org*

(59) *P.Rasch, s.o.*

(60) *P.Rasch, s.o.; ak, 8.6.94; Carpacio, s.o., 1999*

(61) *Amnesty International, s.o.; T. Koszinowski, s.o., S. 149*

(62) *WP, 29.9.01; Sheila Carpacio, s.o., 1999 u. 2000; T.Koszinowski, s.o., S.147f, Abdu Sharif, s.o.*

durch diverse Menschenrechtsverletzung komplementiert - die Menschenrechtsbilanz des Regimes fällt von Jahr zu Jahr negativer aus. Journalisten erhalten Berufsverbot oder werden gleich festgenommen. Die Zahl politischer Gefangener nimmt zu, z.T. ohne Anklage oder Verfahren. Folter steht auf der Tagesordnung und pro Jahr wurden zwischen 10 und 25 Todesurteile (öffentlich) vollstreckt, wobei 2001 der traurige Höhepunkt von 31 Hinrichtungen erreicht wurde. (58)

Die islamische Herausforderung

Die einzige ernstzunehmende Herausforderung für Salih stellt daher die 1990 gegründete islamische Reformpartei Islah dar. Dies hat auch noch einmal die Kommunalwahl im März 2001 bestätigt, wo die Islah Partei 78 der 401 Wahlbezirke gewinnen konnte (der AVK gewann 277, die JSP nur 16). (59) Ihrem Anführer und Gründer Scheich Hussein al-Ahmar ist es gelungen, die Islah-Partei zu einem immer erfolgreicherem Sammlungsbecken radikal-islamischer Bewegungen und konservativer lokaler "Stammesfürsten" zu machen. Die Partei versucht vor allem die Autonomie der "Stammesfürsten" zu schützen und sich als Wächter des Islams zu präsentieren. (60) Alle Versuche des Präsidenten, die Islah-Partei politisch zu schwächen, sind bislang fehlgeschlagen. Salih hatte einen Konsultativen Rat der Ältesten (Majlis-Shura) eingerichtet (dessen 111 Mitglieder er selber ernannt), um die lokalen Machthaber des nördlichen Hinterlandes in seinen Einflußbereich zu ziehen. Aber er konnte ihnen angesichts der desolaten Wirtschaftslage nichts als Gegenleistung für ihre Gefolgschaft anbieten und auch nicht seine Undankbarkeit nach dem Sieg im Bürgerkrieg vergessen machen. (61)

Nach Auffassung der "Stammesfürsten" waren sie es, die Präsident Salih während des Bürgerkrieges zum Sieg verhalfen und durch Schwächung der JSP seine Wiederwahl gewährleisten konnten. Tatsächlich konnte vor allem dank der "Afghanistan-Veteranen" unter Führung des ehemaligen Sultans Tarik al-Fadhli die nordjemenitische Armee die modernen südjemenitischen Einheiten schlagen. In den 80ern wurden in Saudi-Arabien viele Exilanten aus dem Südjemen und Stammesangehörige aus dem Norden angeworben. Anfang der 90er Jahre kehrten diese mit weiteren arabischen Gotteskriegeren nach Jemen zurück, was zu einer Militarisierung und Islamisierung der Stammesverbände führte. (62) Danach mußten die "Stammesfürsten" und Veteranen erken-

nen, daß ihnen statt einer politischen und ökonomischen Belohnung, von Salih aufgrund ihrer militärischen Eigenständigkeit in den Stammesgebieten Mißtrauen entgegengebracht wurde. Bald begann die Regierung mit der Deportation der nicht-jemenitischen "afghanischen Araber". Dazu der damalige Innenminister Alimi: "Wir unterscheiden - und wir müssen unterscheiden- zwischen denjenigen, die gegen den Kommunismus gekämpft haben, auch aus religiöser Motivation, und denjenigen, die im Kreislauf des Terrorismus weiterkämpften." (63) Auch die Ankündigung Salihs, die Wehrpflicht abzuschaffen, zielt vor allem darauf ab, militanten Islamisten die Ausbildung an der Waffe zu erschweren und eine Unterwanderung der Armee zu verhindern.

Die Stämme kritisieren die Vernachlässigung ihrer Gebiete und fordern größere Beteiligung an den Öleinkünften Jemens sowie die Verbesserung der ländlichen Infrastruktur. Zur Durchsetzung ihrer Forderungen bedienen sie sich vor allem gewalttätiger Mittel. (64) Im Januar 2001 kaperten Stämme aus der Öl-Provinz Mareb eine Reihe von Öltankern: "Die Kaperung der Tanker ist eine Botschaft an die Autoritäten, daß sie Stammesangehörige in der Armee und den Ölfirmen in der Region beschäftigen sollen." (65) Dabei wird unweigerlich auch die profitable Seite dieses blutigen und kriminellen Protestes gesehen. Zeitweise entwickelte sich gerade die Praxis von Entführungen zu einem lukrativen Wirtschaftszweig. Zwischen 1996 und 2000 wurden mehr als 150 Ausländer entführt - mit katastrophalen Folgen für die wachsende Tourismusindustrie. (66) In einem Fall sollte damit die Entschädigung für die Verwüstungen durch eine Flut erwirkt werden. "Die dafür vorgesehenen Entwicklungsgelder waren der Regierung bereits zur Verfügung gestellt worden, aber die hatte das Geld nicht in die jeweilige Region weitergeleitet. Also beschloß der Stamm, die deutschen Urlauber zu entführen, um zu seinem Recht zu kommen", beschreibt der Politologe der Universität Sana'a, Muhammad Abdel Malik al-Mutawakil, den Hintergrund. (67)

Verschärft wird diese Entwicklung noch durch die ungleiche Zuteilung der Projektgelder aus dem "Fond für soziale Entwicklung", der etwa 5,6% des Haushaltes ausmacht. Aus diesem Topf bedient und belohnt Präsident Salih vor allem seine Gefolgsleute, während "aufständische" Regionen einiger Stammesfürsten und die ehemaligen Hochburgen der südjemenitischen Opposition kaum profitieren - häufig mit der Begründung, daß die regionale Instabilität die Projektdurchführung behindert. So zementiert sich ein Teufelskreis

(63) WP, 29.9.01

(64) Freiheitsberaubung als politisches Instrument hat im Jemen eine lange Tradition. Früher ließ die Zentralregierung die Söhne der verschiedenen Stammes-Scheichs als Druckmittel gegenüber den jeweiligen Stämmen als Geiseln nehmen. taz, 17.5.97

(65) YT, Nr.2, 7.1.02, taz, 1.7.98

(66) B. Whitaker, s.o.

(67) taz, 17.5.97

(68) Vgl. Tabelle des IMF, s.o., S.192

indem weite Teile Jemens marginalisiert werden, dadurch die Proteste eskalieren und am Ende die Legitimation für die weitere Marginalisierung liefern. (68)

(69) WP 2.1.02; YT, 7.1.02

De facto reicht die Regierungsmacht nur bis jeweils einige Kilometer jenseits der Stadtgrenzen und vor allem die nördlichen und östlichen Provinzen Al-Jawf, Mareb, Hadramout und Shabwah sind "unerreichbar". Ende des Jahres starben fünf Soldaten in Dhale und vier Soldaten in der nördlichen Al-Jawf Region in Gefechten mit lokalen Milizen. Eine Entspannung ist nicht in Sicht. (69) Im wesentlichen stehen sich also zwei bewaffnete Fraktionen gegenüber: die Armee des ehemaligen Nordjemens, unterstützt von einem mit weitreichenden Befugnissen ausgestatteten Polizeiapparat und Geheimdienst, und die Milizen der lokalen Machthaber.

Der amerikanische Traumpartner?

(70) AP, 7.1.02

Die amerikanische "Antiterrorstrategie" wurde von Victoria Clarke, Sprecherin des US-Verteidigungsministeriums, prägnant zusammengefaßt: "Wir haben nicht ‚eine‘ Koalition. Was wir haben, sind sich entwickelnde, verändernde Koalitionen, die sich mit der Zeit verändern werden so wie die Umstände, die Anforderungen und die Bedürfnisse dies erfordern." (70) Mit anderen Worten, es geht nicht um einen breiten Konsens mit möglichst vielen Staaten, sondern um bilaterale Koordination, die ein großes Maß an Flexibilität (Handlungsspielraum) garantieren.

Mit dem jemenitischen Präsidenten Salih hat die US-Regierung den Partner gefunden, den sie gesucht hat - nach innen hart, nach außen flexibel agierend. Die Regierung hat bereits gezeigt, daß sie bereit ist umstandslos US-Wünsche innenpolitisch durchzusetzen - wenn nötig mit Waffengewalt - solange es der Stabilität ihres Regimes dient. Da die Präsidentenmacht für Salih zum Selbstzweck geworden ist, ist er eine kalkulierbare Größe für die US-Regierung. Aufgrund der wirtschaftlichen Misere Jemens und der Abhängigkeit von den internationalen Geldgebern scheint Salih kontrollierbar zu sein. Für die USA ist es dabei nachrangig, wie ihre Vorgaben erreicht werden.

Damit verläuft auch nach dem 11. September alles wie gewohnt. Wieder geben die USA einem autoritären Regime offiziell den Segen und koppeln Wirtschaftshilfe an militärische Kooperation. Damit verschärfen sie die inner-jemenitischen Konflikte und werden für die politische Opposition im Jemen als "Partner" des angefeindeten Regimes eventuell auch zu einem militärischen Ziel in der Auseinandersetzung ■cs